

PA: Coronakrise führt zu mehr Kinderhandel

Aufgrund der Coronakrise sind allerärmste Kinder und Jugendliche in verstärkter Gefahr, Opfer des organisierten Menschenhandels zu werden. Darauf weist die Hilfsorganisation Jugend Eine Welt anlässlich des Welttags gegen Menschenhandel am 30. Juli hin.

UNICEF geht davon aus, dass jährlich mindestens 1,2 Millionen Kinder von dieser schweren Menschenrechtsverletzung betroffen sind: Sie werden schon als Babys an gut zahlende Adoptiveltern verschachert, als Kinderbräute an viel ältere Männer verkauft, zum Betteln oder Stehlen gezwungen, als Arbeitssklaven, Prostituierte oder Kindersoldaten ausgebeutet.

Alle Anzeichen sprechen dafür, dass die Anzahl der betroffenen Kinder im Zuge der Coronakrise massiv ansteigen könnte, insbesondere im Bereich der sexuellen Ausbeutung. „Die Risiken für Kinder, fortgesetzt oder erstmals Opfer von sexueller Ausbeutung zu werden, haben sich unter Lockdown-Bedingungen signifikant erhöht“, bestätigt Astrid Winkler, Geschäftsführerin der von Jugend Eine Welt seit Jahren unterstützten Kinderschutzorganisation ECPAT und verweist auf einen alarmierenden Europol-Bericht, demzufolge die Nachfrage von Material zu sexuellem Kindesmissbrauch in der EU seit Beginn der Coronakrise um bis zu 30 Prozent angestiegen sei. „Denn Sexualstraftäter und -täterinnen nutzen im Internet so eine Situation gezielt aus, um mit Kindern online in Kontakt zu treten“, so Winkler.

Organisiertes Verbrechen profitiert

Tatsächlich könnte das organisierte Verbrechen von der Krise profitieren, warnt auch das in Wien ansässige UN-Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC). Allzuleicht fallen notleidende Familien, die aufgrund der Corona-Lockdowns

keinerlei Einkommen mehr haben, auf die Versprechen von Menschenhändlern herein und stellen ihnen ihre Kinder für wenig Geld zur Verfügung. In besonderer Gefahr sind auch Kinder, die vor der zunehmenden Gewalt in der eigenen Familie auf die Straße geflohen sind. Opfer, die sich bereits in der Gewalt von Menschenhändlern befinden, haben aufgrund der Ausgangssperren noch weniger Chancen, ihren Peinigern zu entkommen bzw. Hilfe zu holen. Gleichzeitig fallen wichtige Schutzmechanismen aus: In vielen Ländern bleiben Schulen, Jugendzentren, Notschlafstellen und Hilfseinrichtungen coronabedingt geschlossen, werden Geldmittel im Bereich des Opferschutzes gekürzt. Das organisierte Verbrechen hingegen wird nicht müde, neue Wege der Ausbeutung zu finden. So muss davon ausgegangen werden, dass die – online vereinbarte – „Lieferung“ von Kindern in Privatwohnungen derzeit ebenso zunimmt wie die Vermittlung von Teenager-Bräuten.

Österreich: Betreuungsstelle fehlt

Österreich gilt als Transit- und Destinationsland insbesondere für gehandelte Frauen und Kinder. Jugend Eine Welt begrüßt die im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen zum Kampf gegen Menschen-, Frauen- und Kinderhandel, die am 9. Juli in einer EntschlieÙung des Nationalrates bekräftigt wurden und die u.a. eine verbesserte Zusammenarbeit im Bereich des Erkennens mutmaßlicher Opfer vorsehen. Zusätzlich sollte dringend eine spezialisierte Betreuungsstelle für Betroffene des Kinderhandels realisiert werden, wie im Nationalen Aktionsplan (2018-20) der „Taskforce zur Bekämpfung des Menschenhandels“ vorgesehen, fordert ECPAT. Laut Jugend Eine Welt-Geschäftsführer Reinhard Heiserer müsse auch verstärkt bei den Ursachen des Problems angesetzt werden, einerseits durch verstärkte Aufklärungsprogramme und konsequente Strafverfolgung, andererseits durch die Bekämpfung bitterster Armut in den Herkunftsländern der Betroffenen sowie gezielte Präventions- und Schutzprogramme. Um die jetzt schon verheerenden Auswirkungen der Coronakrise auf allerärmste Menschen abzumildern, sei schnelles Handeln geboten.

„Gemeinsam mit unserem Dachverband Globale Verantwortung bitten wir die Bundesregierung dringend um ein internationales COVID-19 Rettungspaket in Höhe von 100 Millionen Euro. Österreich muss seiner internationalen Verantwortung nachkommen und mithelfen, noch Schlimmeres abzuwenden wie ein massives Ansteigen von Hunger, Migration und Menschenhandel“, so Reinhard Heiserer.

Jugend Eine Welt fördert weltweit zahlreiche Hilfsprojekte, die Opfern von Kinder- und Menschenhandel zur Seite stehen und gefährdete Kinder und Jugendliche schützen. Beispielsweise unterstützt die Hilfsorganisation im westafrikanischen Sierra Leone ein Rehabilitationszentrum, in dem 70 Betroffene des Menschenhandels, darunter 36 Kinder unter 10 Jahren, betreut werden.

Rückfragehinweis:

Angelika Gerstacker

Öffentlichkeitsarbeit

Jugend Eine Welt – Don Bosco Aktion Österreich

Tel. +43 (1) 879 07 07 – 34

Mobil: 0664 621 70 39

Angelika.Gerstacker@jugendeinewelt.at

www.jugendeinewelt.at

RECHERCHEHINWEIS: SDG 3 **Gesundheit und Wohlergehen**

Durch die Coronapandemie ist die Gesundheitsorganisation der UN, die WHO, aus verschiedenen Gründen in den Fokus geraten. COVID-19 hat zudem vielschichtige Auswirkungen auf den globalen Süden.

Die ISJE stellt Infos, Tipps und Service rund um das Thema Gesundheit und das Nachhaltige Entwicklungsziel 3 zusammen.

[SDG_3_Gesundheit_Recherchehinweis](#)

Aspekte & Fragestellungen rund um SDG 3

- Durch die Coronapandemie ist die Gesundheitsorganisation der UN, die WHO, aus verschiedenen Gründen in den Fokus geraten.
Die Organisation, die sich nicht zuletzt SDG 3 widmen soll, ist in eine regelrechte Krise geschlittert: Das enge Budget wurde vor allem durch den Ausstieg der USA noch knapper, die WHO und die UN im Gesamten mussten zudem viel Kritik von verschiedensten Seiten einstecken. U.a.: Sie habe zu spät gewarnt und sei „China-lastig“.
- Welche Auswirkungen wird die Coronapandemie auf den globalen Süden haben? Die Antwort wird viele Menschen noch länger beschäftigen, da das Ausmaß gerade in ärmeren Ländern des globalen Südens noch gar nicht abschätzbar ist derzeit.
- Inwieweit muss man SDG 3 den Prioritäten durch die Coronapandemie hintanstellen? Bzw. sind die SDGs jetzt wichtiger denn je? Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, Präsident der Republik Ghana, und die norwegische Premierministerin Erna Solberg, argumentieren auf einem Blog so: „...Die Umsetzung der SDGs ist langfristig für eine solide Grundlage und einen gerüsteten Umgang mit globalen Gesundheitsrisiken und neu auftretenden Infektionskrankheiten essentiell.“
<https://www.kindernothilfe.at/blog/sdgs-sind-relevanter-als-je-zuvor/>
- Wie kann man mehr und mehr verlässliche Statistiken auch in Ländern des globalen Südens etablieren? Gerade Corona zeigt die Wichtigkeit für die Messbarkeit von Daten, um so reagieren zu können.
- Wie können Staaten von Ländern im globalen Süden lernen, die schon einige Herausforderungen im Zuge von Epidemien

und Krankheiten hinter sich haben – Stichwort Ebola, Malaria etc.

- Zum Beispiel Vietnam: Länder im globalen Süden haben die Herausforderung rund um die Coronapandemie besser gemanagt als Supermächte.
- Folgen für Frauen weltweit: Gerade in ärmeren Länder treffen die Auswirkungen der Pandemie oftmals Frauen, da sie in informellen, prekären Bereichen tätig sind und in Familien viel Last tragen
- Folgen für Flüchtlinge: Sie sind besonders gefährdet, Flüchtlingslager können in Zeiten einer Pandemie zu gefährlichen Orten werden

Weiterführendes & Ansprechpersonen

Weltgesundheitsorganisation WHO: <https://www.who.int>

Infos & Daten rund um SDG 3: <https://www.who.int/sdg/en/>

UNIS ist das United Nations Info Service, die UN-Infostelle in Wien: <http://www.unis.unvienna.org/>

Direktor Martin Nesirky

Tel: (+43-1) 26060-4666

http://www.unis.unvienna.org/unis/de/about/contact_us.html

Der Menschenrechtsexperte **Manfred Nowak** warnt aktuell, die Lage in Sachen UN/WHO sei ernst:

<https://www.suedwind-magazin.at/wuerde-welt-ins-chaos-stuerzen>

Der Journalist und Autor **Robert Lessmann** ist Kenner der Vereinten Nationen. Kontakt auf Nachfrage.

Wieso die SDGs jetzt erst recht relevant sind: Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, Präsident der Republik Ghana, und die norwegische Premierministerin Erna Solberg zeigen die Bedeutung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) in Zeiten der Corona-Pandemie auf:

<https://www.kindernothilfe.at/blog/sdgs-sind-relevant-als-je-zuvor/>

Von Überheblichkeit und Entwicklung: Zwei SüdostasienwissenschaftlerInnen zu Vietnams **Corona-Management** und warum sich dort das Bild des „Westens“ gedreht hat:
<https://www.rosalux.de/news/id/41856/von-ueberheblichkeit-und-entwicklung?cHash=6aff6fd80dd944aaca9a5b036bd6d65f>

Der Autor und Journalist Martin Rümmele reflektiert seit Jahren, wie das **Gesundheitswesen** aufgestellt sein muss. Im Zuge der Coronakrise hat er mit dem Mediziner Martin Sprenger ein Buch herausgebracht:

<https://www.ampuls-verlag.at/shop/>

Medico International ist eine Organisation, die sich global dafür einsetzt, das Ziel Menschenrecht auf Gesundheit zu erreichen. Sprecher ist Thomas Gebauer:
<https://www.medico.de/blog/thomas-gebauer/>

Die Organisation Wide – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven – ist international vernetzt. Rund um das **Thema Frauen und COVID-19** hat Wide dieses Update zusammengestellt:
<http://www.wide-netzwerk.at/images/publikationen/2020/WIDE-Update-Gender-Covid-19.pdf>

Wie regional reagieren? Beispiel, die niederösterreichische **Initiative „17 und wir“**: „Der Corona-Virus zeigt auf, wie wichtig eine grundlegende Gesundheitsversorgung für uns alle ist. Hier bei uns, aber natürlich auch in Ländern des globalen“:

<https://17undwir.at/bedeutung-der-sdgs-in-zeiten-des-corona-virus/>

Die Organisation **Ärzte ohne Grenzen** ist weltweit im Corona-Einsatz, u.a. in **Flüchtlingslagern**:
<https://www.aerzte-ohne-grenzen.at/themen/covid>

PA: 30 EU-Grenzgemeinden für menschliche und solidarische Migrationspolitik

+++ACHTUNG: Sperrfrist 26.6.2020, 13.00 Uhr +++

Online-Bürgermeister-Gipfel: 30 EU-Grenzgemeinden für menschliche und solidarische Migrationspolitik

Traiskirchen/Strass/Lampedusa, 26.6.2020: Eine Woche nach dem Weltflüchtlingstag haben sich heute von Lampedusa bis Lesbos, von Grande-Synthe bis Traiskirchen und Strass Bürgermeister und VertreterInnen von über 30 Gemeinden, Inseln und Regionen an den Grenzen der EU bei ihrem ersten Online-Bürgermeistergipfel getroffen und sich für eine menschliche und solidarische Migrationspolitik und geteilte Verantwortung innerhalb Europas vernetzt.

Anlässlich des Bürgermeister-Gipfels erscheint in Österreich der [Forschungsbericht „Migration an den Grenzen“](#) über die Situation in den Grenzgemeinden. Der Forschungsbericht fasst die Ergebnisse von 20 Einzelforschungsberichten zusammen, die mit partizipativen Methoden eigenverantwortlich durchgeführt wurden. Die Hauptthemen des Berichts decken für jeden Gemeinde die folgenden Themen ab: historischer Überblick; politische und soziale Auswirkungen der Migration; lokale Netzwerke; Möglichkeiten und Grenzen lokaler Aktionen; Integrationsaktivitäten und gute Beispiele von Gemeindeaktivitäten.

Bürgermeister Salvatore Martello von Lampedusa und Linosa stellte in seiner Eröffnungsrede des Bürgermeister-Gipfels klar: „Ich bekräftige das Engagement Italiens für die Aufnahme

und Achtung der Menschenrechte. Auch Lampedusas Engagement für MigrantInnen hat unter den vielen Schwierigkeiten und Spannungen des Coronavirus-Notstands nie aufgehört. Genau in dieser dramatischen Phase ist es aber notwendig, dass die Grenzgebiete Italiens und Europas nicht allein gelassen werden. Für die Grenzgemeinden ist eine stärkere solidarische Beteiligung der EU eine Notwendigkeit. Migration braucht unbedingt sichere und solidarische Regeln geteilter Verantwortung.“ Der UN-Migrationspakt ist für Bürgermeister Martello der Ausgangspunkt der Diskussion über „ordentliche, reguläre und sichere Migration“,: „Wir sind davon überzeugt, dass man einen Weg unterstützen muss, der die Migration reguliert, die Rechte der MigrantInnen schützt und Prozesse der Integration und des sozialen Friedens fördert. Dabei brauchen besonders die Grenzgemeinden solidarische Unterstützung“ so Martello weiter.

„In Traiskirchen haben sich viele Menschen die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind in der Corona-Hilfe für ältere und bedürftige Menschen engagiert. Wir müssen uns gerade in der Corona-Krise weiterhin für Solidarität und Menschlichkeit einsetzen. Dabei setzen wir als Stadt ganz wichtige Aktivitäten im Rahmen unseres Gartens der Begegnung.“ berichtet Andreas Babler beim Gipfel.

„Im Zusammenschluss aus vielen Grenzgemeinden und NGOs können wir uns besser vernetzen und Erfahrungen austauschen. Als Netzwerk können wir unsere Forderung gegenüber den übergeordneten Stellen auch besser platzieren. Nur so wird es uns gelingen, die Herausforderungen, die Migration mit sich bringt, zukünftig besser zu bewältigen“, fügt Johann Lappi, Vizebürgermeister der Grenzgemeinde Straß in Steiermark, in seinem Beitrag beim Bürgermeister-Gipfel hinzu.

Unterstützt von NGOs wie der Menschenrechtsorganisation Südwind fordert das Bündnis der Grenzgemeinden mit seiner Petition, die sich an das EU-Parlament und die neue EU-Kommission richtet, drei zentrale Punkte:

- **Verantwortung teilen:** Die rasche Umsetzung einer kohärenten Migrationspolitik, die sowohl die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner der Grenzgemeinden bedenkt, als auch solidarisch mit Migrantinnen und Migranten ist.
- **Menschlich bleiben:** Das Schaffen von sicheren und legalen Möglichkeiten um nach Europa zu gelangen. Nur so kann dem gefährlichen Schleppertum ein Ende gesetzt werden.
- **Europäischer Tag des Gedenkens und Willkommens am 3. Oktober:** Der 3. Oktober soll als Gedenktag an die 368 Menschen erinnern, die 2013 vor der Küste Lampedusas ertrunken sind und als Mahnmal für eine solidarische, menschliche Migrationspolitik dienen.

Mehr Informationen:

Die Petition der Grenzgemeinden und NGOs: <https://www.suedwind.at/handeln/petitionen/3-oktober/>
Forschungsbericht zum Download: [Forschungsbericht zu Migration an den Grenzen](#)

Rückfragehinweise:

Stefan Grasgruber-Kerl, Tel.: +43 699 100 400 79, E-Mail: stefan.grasgruber-kerl@suedwind.at

Mag.a Irene Kari, Stadtgemeinde Traiskirchen, Tel. +43 (0) 50355 – 309, E-Mail: irene.kari@traiskirchen.gv.at

Josef Rauscher, Strass in Steiermark, Tel.:+43 3453 2509201 E-Mail: rj@strass-steiermark.gv.at

Marina Sarli, EU-Koordination und Gemeinde Lampedusa & Linosa advocacy@snapshotsfromtheborders.eu / (+30) 697 225 4892 or (+39) 347 9944319

PA: FIAN Report zu Corona

Maßnahmen gegen COVID-19 bevorzugen industrielles Lebensmittelsystem und verschärfen Ursachen für Hunger.

FIAN legt den zweiten Monitoring-Bericht über die Auswirkungen von COVID-19 auf das Menschenrecht auf Nahrung vor. Er baut auf weltweite Recherchen und beleuchtet die Auswirkungen der Pandemie sowie positive zivilgesellschaftliche Solidaritätsaktionen in rund 30 Ländern.

Der aktuelle Bericht unterstreicht, dass die Konzentration der COVID-19 Maßnahmen auf das industrielle Ernährungssystem eine Reihe von Bevölkerungsgruppen und Berufssparten noch weiter in Hunger und Mangelernährung drängt. Zudem resultiert die Spekulation mit Lebensmittelpreisen in zahlreichen Ländern in bis zu vierfachen Preiserhöhungen, was Nahrungsmittel für Millionen Menschen unzugänglich macht.

Kleinbäuer*innenrechte: Regierung in der Pflicht

Hunger betrifft in erster Linie jene Menschen, die am Land leben und den Großteil der globalen Lebensmittel produzieren. „Die Rechte von Kleinbäuer*innen werden durch die einseitige Bevorzugung des industriellen Ernährungssystems während der Pandemie gravierend verletzt, was zur Verschärfung von bestehendem Ungleichgewicht führt. Umso wichtiger ist es, nationale Gesetze und Politiken entlang der Rechte von kleinbäuerlichen Erzeuger*innen und Landarbeiter*innen auszurichten. Auch die österreichische Bundesregierung ist hier in Bezug auf ihre Agrar-, Entwicklungs- und Handelspolitik in der Pflicht“, betont Tina Wirnsberger von FIAN Österreich und verweist auf die UN-Erklärung für die Rechte von Kleinbäuer*innen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten.

Die Begünstigung von Supermärkten, teilweise gewaltsam durchgesetzte Ausgangssperren und die Schließung lokaler

Märkte, wie sie in Ecuador, Kolumbien, Simbabwe, Senegal, Mosambik und den USA dokumentiert wurden, führten zum gänzlichen Einkommensverlust für Kleinbäuer*innen, Fischer*innen und andere Menschen, die am Land arbeiten. Tonnen von Ernte und Vieh mussten vernichtet bzw. eingeschläfert werden, Millionen von Menschen blieben ohne Zugang zu frischen, abwechslungsreichen und gesunden Nahrungsmitteln zurück.

Ausbeuterische Arbeitsbedingungen beenden

COVID-19 bringt auch die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen von – meist migrantischen – Arbeiter*innen in der industriellen Landwirtschaft und Fleischproduktion ans Licht der Öffentlichkeit. Die bekannt gewordenen Fälle von Erntearbeiter*innen in Österreich oder in großen Schlachtbetrieben in Deutschland sind keine Einzelfälle, sondern zeigen die jahrelange Praxis struktureller Diskriminierung im agrarindustriellen Ernährungssystem.

Die Pandemie und ihre Auswirkungen zeigen deutlich, dass ein auf Ausbeutung von Mensch und Umwelt basierendes Ernährungssystem nicht widerstandsfähig ist. FIAN setzt sich umso mehr dafür ein, dass kleinbäuerliche, in Zeiten des Klimawandels krisenfeste Landwirtschaft und das Recht auf ausreichende und angemessene Ernährung gestärkt werden. Erfreulich ist, dass in den Lockdowns auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Solidaritätsaktionen entstanden sind und sowohl in ländlichen Gebieten, als auch in Städten lokale Gemeinschaften und soziale Bewegungen das Recht auf Nahrung sichergestellt haben.

Der englischsprachige Bericht steht Ihnen [hier zum Download](#) zur Verfügung.

Weitere Hintergrundinformationen und den ersten COVID-19 Monitoring-Bericht (April 2020) finden Sie [hier](#).

Rückfragen:

Tina Wirnsberger

tina.wirnsberger@fian.at

FIAN Österreich

Int. Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung

Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien

Tel: 01 – 2350239

PA: Weltumspannend Arbeiten warnt vor Anstieg der Kinderarbeit

„Arbeit ist kein Kinderspiel! Alle Produkte, die wir in Österreich kaufen, müssen frei von Kinderarbeit sein!“, fordert der entwicklungspolitische Verein im ÖGB.

„Die Folgen der COVID-19-Pandemie könnten die bisherigen Erfolge im Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit zunichtemachen“, zeigt sich Peter Schissler, Vorsitzender von *weltumspannend arbeiten*, dem entwicklungspolitischen Verein im ÖGB, anlässlich des *Welttags gegen Kinderarbeit* am 12. Juni beunruhigt.

Mit zunehmender globaler Armut steigt auch die Verbreitung von Kinderarbeit, warnte UNICEF erst kürzlich. Schulschließungen aufgrund der Corona-Maßnahmen sowie eine erhöhte elterliche Sterblichkeit aufgrund von COVID-19 zwingen Kinder zur Kinderarbeit, die ihre Gesundheit und Sicherheit beeinträchtigt.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass

weltweit immer noch 152 Millionen Kinder arbeiten müssen. Das Problem ist besonders akut in Afrika, wo fast die Hälfte der Kinderarbeiter (72,1 Millionen) zu finden sind, die Mehrheit in der Landwirtschaft.

„Das kann und muss sich ändern“, zeigt sich Schissler überzeugt. Hierfür sind konkrete Armutsbekämpfungsprogramme der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) von entscheidender Bedeutung, um die schlimmsten Auswirkungen der COVID-19-Krise auszugleichen und Kinderarbeit wirksam zurückdrängen zu können. „Trotz – oder besser gesagt gerade wegen – der Corona-Krise muss das Ziel der österreichischen Bundesregierung, die EZA-Gelder endlich auf ein internationales Niveau zu heben, beibehalten werden. 0,7 Prozent des BIP sind das Mindeste!“, fordert Schissler.

Auch was die Verantwortung von Unternehmen entlang der Lieferkette betrifft, könnte Österreich eine Vorzeigerolle einnehmen und Produkte, in denen Kinderarbeit steckt, einfach vom Markt verbannen. In diesem Zusammenhang erinnert der Vorsitzende des entwicklungspolitischen Vereins im ÖGB an einen kürzlich im Nationalrat neu eingebrachten Entwurf eines Sozialverantwortungsgesetzes (SZVG). Dieses sieht vor, dass Bekleidung einschließlich Schuhe und Textilien, in denen Kinder- oder Zwangsarbeit steckt, nicht in Österreich verkauft werden dürfen.

Auf europäischer Ebene gibt es ebenfalls unterstützenswerte Initiativen für eine gesetzliche Sorgfaltspflicht der Unternehmen. Während in Frankreich und den Niederlanden solche Lieferketten-Gesetze schon Realität sind, wird dies in Deutschland gerade auf höchster Ebene diskutiert. Nachhaltige Lieferketten sollen auch ein Schwerpunktthema der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (ab Juli 2020) sein. EU-Justizkommissar Didier Reynders hat für 2021 einen Vorschlag für ein europaweites Gesetz eingebracht, das Missständen wie ausbeuterischer Kinderarbeit endlich ein Ende setzen soll.

„Wenn wir das auf UN-Ebene erklärte Ziel der Abschaffung ausbeuterischer Kinderarbeit bis 2025 erreichen wollen, müssen wir alle an einem Strang ziehen“, so Schissler abschließend.

SERVICE: Dossier „Kampf gegen Kinderarbeit“ unter www.weltumspannend-arbeiten.at/ueber-uns/berichte/kampf-gegen-kinderarbeit; Hintergrundbroschüre „Kinderarbeit – die bittere Seite der Schokolade“ als Download unter www.proge.at/kakao

Rückfragen & Kontakt:

Mag. Michael Wögerer

Weltumspannend Arbeiten – Der entwicklungspolitische Verein im ÖGB

Tel: +43 (0)1 53444-39328 ; Mobil: +43 (0)6642838491

e-mail: michael.woegerer@oegb.at

http: www.weltumspannend-arbeiten.at